

Delegationsreisen der IPPNW – Solidarität mit den Menschen in der Türkei

Gisela Penteker (IPPNW)

Im Rahmen von Delegationsreisen der IPPNW fahren wir seit fast 20 Jahren jeden März in den Südosten der Türkei. Wir treffen gewählte Bürgermeister, Ärzte, Anwälte, Gewerkschafter, Menschenrechtler, Umweltschützer und immer wieder auch Menschen auf der Straße, Schuhputzer, Taxifahrer, Händler. Wir feiern mit den Menschen das Newrozfest, das kurdische Frühlingsfest, und werden dort sehr herzlich aufgenommen.

Wir haben in all den Jahren große Veränderungen der kurdischen Gesellschaft erlebt. Besonders die Stadtverwaltung von Diyarbakir hat an die multikulturelle und multiethnische Geschichte der Stadt angeknüpft und versucht, vertriebenen Volksgruppen wie z.B. den Armeniern wieder eine Heimat zu geben. Kirchen und alte Bürgerhäuser wurden aufwändig und liebevoll restauriert und Kulturvereine und Museen eröffnet. Die streng patriarchale Gesellschaft wurde offener und freier. Frauenzentren entstanden, in denen Frauen geschult und über ihre Rechte aufgeklärt werden. Alle öffentlichen Ämter werden mit einer Doppelspitze von einem Mann und einer Frau besetzt.

Wir haben mit vielen mutigen und besonnenen Menschen gesprochen. Insbesondere bei den Menschenrechtlern trafen wir in jedem Jahr neue Gesichter, und hörten, dass die Vorgänger im Gefängnis oder in andere Städte zwangsversetzt waren. Nur wenige haben eine landesweite Karriere gemacht, wie der Ko-Vorsitzende der HDP Demirtas. Der Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakir, Tahir Elci, wurde im Oktober 2015 bei einer Rede auf offener Straße von einem Scharfschützen erschossen.

Wir haben, glaube ich, durch die kontinuierliche Arbeit vor Ort einen ganz guten Überblick über die Situation der Menschen und über die politische Entwicklung bekommen. Beim Sortieren und Einordnen der vielen auch widersprüchlichen Erfahrungen waren die Gespräche mit Andreas Buro und Memo Sahin im Dialogkreis mir immer eine große Hilfe und haben mich motiviert, weiter zu machen und jedes Jahr wieder Mitreisende zu suchen.

In den letzten Jahren war die Stimmung in den kurdischen Städten geprägt von der Hoffnung auf Frieden und den Aufbruch in eine neue Zeit. Unsere Gesprächspartner hatten ein neues Selbstvertrauen, auch wenn sie der türkischen Zentralregierung nicht trauten. Es war ihnen durchaus bewusst, dass Erdogans Friedensaktivitäten auch rein taktisch in Blick auf die Wahlen im Juni 2015 sein könnten, aber, so hörten wir im März 2015 immer wieder, „wir werden Tatsachen schaffen und die Regierung wird sie akzeptieren“.

In diesem Jahr (2016) trafen wir auf traumatisierte Menschen unter Schock. Trotz der schlimmen Erfahrungen der 90er Jahre mit Repressionen, Vertreibungen, Dorfzerstörungen und extralegalen Hinrichtungen hatte sich niemand vorstellen können, mit welcher Brutalität Militär und

Polizei auf den Barrikadenbau von PKK-nahen Jugendlichen in den Städten antworteten und die Zivilbevölkerung als Geisel nahmen. Ohne jede rechtliche Grundlage gab es wochenlange Ausgangssperren. Ganze Viertel wurden abgeriegelt und mit schweren Waffen beschossen. Tote lagen auf den Straßen und konnten nicht geborgen werden, Verletzte starben, weil sie nicht versorgt wurden. Bewohner mit weißen Fahnen, die versuchten sich zu retten, wurden beschossen.

Als wir in Diyarbakir waren, waren die Kämpfe in der Altstadt Sur gerade beendet. Man konnte nach Kontrollen durch die Polizei die Hauptstraße entlang gehen. Die Schuhputzer hatten ihre Plätze wieder eingenommen, viele Läden waren geöffnet. Es war gespenstisch still, obwohl viele Menschen unterwegs waren. Die Seitenstraßen in die von der Ausgangssperre betroffenen Viertel waren gesperrt und mit Plastikplanen verhängt. LKWs fuhren seit Tagen Schutt aus der Stadt. Das tun sie wohl heute noch. Inzwischen wurde nahezu das gesamte Gebiet von Sur enteignet, große Areale abgerissen. Die Regierung will die Altstadt innerhalb eines Jahres wieder aufbauen – schöner als Toledo – ein steriles Freilichtmuseum als Shoppingmall. Die Stadtverwaltung wird weder an den Planungen beteiligt noch an den Aufräumarbeiten. Soweit wir hören, sind die zerstörten Viertel immer noch gesperrt. Die ehemaligen Bewohner können nur von umliegenden Dächern sehen, was von ihren Häusern noch übrig ist.

In Cizre waren die zerstörten Straßen schon wieder zugänglich. „Die Stadt ist gesäubert“. Wir hatten vorher schon Bilder gesehen. Aber dann durch die Trümmer zu laufen, die Menschen zu sehen, die mit leeren Blicken im Schutt nach Resten ihrer Habe suchen, den verkohlten Eingang in den Keller zu sehen, in dem verletzte Menschen – meist Zivilisten – verbrannt wurden – das war unerträglich.

Schon im März sprachen offizielle Stellen von 400 000 vertriebenen Menschen, von denen etwa die Hälfte obdachlos sei. Die Hilfe für diese Menschen wird massiv behindert. Die Konten der städtischen und zivilen Hilfsvereine wurden gesperrt.

In den anderen Regionen der Türkei ist über die Situation in den kurdischen Gebieten wenig bekannt. Die Zeitungen berichten vom notwendigen Kampf gegen die Terroristen der PKK, zu denen alle Bewohner gezählt werden. Die Presse des Landes ist weitgehend gleichgeschaltet. Die wenigen oppositionellen Medien arbeiten unter prekären Bedingungen.

Alle unsere Gesprächspartner beklagten die Haltung der EU und besonders der deutschen Bundeskanzlerin, die mit ihrem Besuch bei Erdogan kurz vor den Wahlen Wahlhilfe betrieben habe.

Sie befürchten, dass mit dem Geld der EU für die Versorgung der syrischen Flüchtlinge große Umsiedlungsprogramme zur Änderung der demographischen Landkarte finanziert werden sollen.

Sie befürchten, dass die Türkei in Krieg und Chaos versinkt, da alle besonnenen und politisch für Frieden und Demokratie arbeitenden Menschen zum Schweigen gebracht werden. So werden sich die Kriegstreiber auf beiden Seiten durchsetzen.

Wichtig wäre es, dass Deutschland die Politik der Türkei hier nicht weiterführt. Kurden, die sich hier für die Belange der Kurden einsetzen, werden gerichtlich verfolgt, kurdische Vereine erhalten keine staatliche Unterstützung. Die PKK steht weiter auf der Terrorliste der EU. Die Polarisierung zwischen Kurden und Türken findet auch hier statt, ein Dialog ist nicht möglich.

Umso wichtiger ist es, die Kontakte zu den Menschen in der Türkei zu pflegen, den mutigen, engagierten Oppositionellen zu zeigen, dass ihre Arbeit gesehen wird, hier immer wieder zu berichten, was wir vor Ort erfahren. Die Stadt Hannover z.B. strebt eine Partnerschaft mit der Stadt Diyarbakir an. Es gibt einen regen Austausch auch von Jugendlichen. Viele Frauengruppen sind international vernetzt, und auch die Menschenrechtler sind auf der internationalen Bühne präsent.

Hier gibt es Ansätze zu kleinen Schritten ziviler Konfliktbearbeitung.